

Schwarzwälder Tageszeitung

„Aus den Tannen“

Nationales Nachrichten- und Anzeigenblatt für die Oberamtsbezirke Nagold, Calw, Freudenstadt u. d. Neuenbürg

Bezugsp.: Monatl. 5. Mark, 1.20 einl. 18 3. Verord.-Geb. 191. 80 3. Zustellungsgeb.; d. Hg. 1.40 einl. 20 3. Austrägergeb.; Einzeln. 10 3. Bei Nichterhalten der Zeit. inl. 60 3. Gewalt 48. Verteilungsd. befreit kein Anspruch auf Lieferung der Zeitg. / Teleg.: „Tannend.“ / Tel. 321. Anzeigenpreis: Die 10sp. Millimeterzeile oder deren Raum 5 3. Reklame 15 3. Für teleph. erteilte Aufträge übernehmen wir keine Gewähr. Rabatt nach Tarif, der jedoch bei gerichtl. Eintreib. ab. Konkursen hinfallig wird. Erfüllungsort: Altensteig, Gerichtsstand Nagold.

Nummer 8

Altensteig, Donnerstag, den 10. Januar 1935

58. Jahrgang

Dr. Frick beantwortet wichtige Fragen der deutschen Neugestaltung

Berlin, 10. Januar. Reichsminister Dr. Frick beantwortete dem Berliner Mitarbeiter der Hearst Press für die amerikanische und die deutsche Öffentlichkeit aktuelle Fragen über den Aufbau des neuen Deutschland, die der „Völkische Beobachter“ veröffentlicht.

Auf die Frage, ob beabsichtigt sei, dem deutschen Volk eine neue Verfassung zu geben, erwiderte Dr. Frick: Der Führer und Reichskanzler Adolf Hitler hat nach der Machtübergabe am 30. 1. 1933 bewußt darauf verzichtet, seine Machtstellung sofort durch ein fertiges Verfassungswerk zu befestigen. Das hatte Adolf Hitler auch gar nicht nötig, denn er selbst stand ja an der Spitze der nationalsozialistischen Revolution, die eine so elementare Volksbewegung darstellt, wie man sie kaum irgendwo anders in der Geschichte verzeichnen kann. Diese Bewegung hat das ganze deutsche Volk erfasst und setzte die Ideen Adolf Hitlers, der der Schöpfer der nationalsozialistischen Bewegung und ihres Programmes ist, reiflos durch. Heute arbeitet die Regierung an der Verwirklichung der innerpolitischen Grundzüge des nationalsozialistischen Staatsgedankens und vollendet auf legalem Wege den Neuaufbau des Reiches. So wächst organisch mit der fortschreitenden Entwicklung Tag für Tag ein neues Stück Verfassung, und am Schluß der vom Führer beanspruchten 4-Jahresfrist wird das Werk mindestens im Rohbau vollendet dastehen. Das deutsche Volk wird dann selbst Gelegenheit haben, dazu Stellung zu nehmen. — Die staatsrechtliche Stellung des Führers und Reichskanzlers ist härter als die eines Souverän, denn er hat die Aemter des Reichspräsidenten mit dem des Reichskanzlers in seiner Person erstmalig vereinigt. Alle Reichsminister, Reichsstatthalter, Beamten, Offiziere und Soldaten sind nur ihm verantwortlich. Die Regierungsgewalt ist in seiner Person zusammengefaßt und er ist selbst nur der Nation verantwortlich. — Auf die Frage nach der Zukunft des Reichstages antwortete Reichsminister Dr. Frick: Der Deutsche Reichstag wird nach dem Willen des Führers auch weiterhin bestehen bleiben, weil er das Forum ist, vor dem der Führer und Reichskanzler die großen außen- und innenpolitischen Schicksalsfragen der Nation zur Erörterung und Entscheidung stellt, soweit er sie nicht unmittelbar dem deutschen Volke unterbreitet. Es ist nicht daran gedacht, dem Reichstag ein Oberhaus zur Seite zu stellen. Das allgemeine, gleiche, unmittelbare und geheime Wahlrecht zum Reichstag wird für beide Geschlechter aller deutschen Staatsbürger weiterhin in Geltung bleiben. Die Frage, ob die nichtarische Bevölkerung des Dritten Reiches das aktive Wahlrecht erhält oder nicht, hängt von der weiteren Gestaltung des Staatsbürgerrechts im Deutschen Reich ab. Nach den Grundzügen der NSDAP vom Jahre 1920 sollen Staatsbürger des Deutschen Reiches nur Deutsche sein. Deutsch ist aber nur der, der deutschen Blutes ist. — Ueber die Frage des Mitarbeiters der Hearst-Press nach den Grundrechten im Dritten Reich führte Dr. Frick aus: Die Grundlage des Deutschen Reiches ist die wahre Volksgemeinschaft nach dem nationalsozialistischen Grundgesetz: **Gemeinnutz vor Eigennutz.** Der Nationalsozialismus lehnt den Klassenkampf in jeder Form ab, er sucht den Ausgleich zwischen arm und reich, Stadt und Land und fordert die nationale Solidarität von jedem Deutschen. Dadurch wird das Wohl jedes einzelnen Volksgenossen weit mehr gefördert, als durch die papierernen Grundrechte der Deutschen nach der Weimarer Verfassung. Zum Schluß beantwortete der Reichsminister die Frage nach den staats- und verwaltungsrechtlichen Befugnissen der Leiter der künftigen 20 Reichsgaue. „Den künftigen 20 Reichsgauen,“ so sagte Dr. Frick, werden Reichsstatthalter als oberste Reichsbeamte mit weitgehenden Befugnissen vorstehen. Die Neugliederung des Reiches wird den Schlußpunkt unter eine tausendjährige Entwicklung setzen und so bald wie möglich erfolgen.“

Die sozialistische Hochschule — Aufnahme von Arbeiterjungen an der Universität Heidelberg

Heidelberg, 9. Jan. Am den Begabtesten der deutschen Arbeiterjugend die Möglichkeit zu geben, eine Hochschule zu besuchen, hat der Reichsminister für Wissenschaft, Erziehung und Volksbildung auf Antrag der Deutschen Studentenschaft genehmigt, daß zunächst 20 Mitglieder des Hitlerjugend und des Arbeitsdienstes ohne Reifezeugnis in die Deutsche Studentenschaft aufgenommen werden, mit dem Ziele, sie gegebenenfalls nach zwei Semestern zur Immatrikulation zuzulassen. Die geistige Vorbereitung dieser Arbeiterjunge für das Hochschulstudium wird gemeinsam mit der Deutschen Studentenschaft und der deutschen Dozentenschaft durchgeführt. Die Mittel für das gesamte Studium stellt das Reichsstudentenwerk zur Verfügung. Zum ersten Einlaß dieser Arbeiterjunge wurde die Universität Heidelberg ansersehen.

Den Weg frei zur Verständigung!

Gaulleiter Büchel vor den Vertretern der in- und ausländischen Presse

Kaiserslautern, 9. Jan. Am 13. Januar „Den Weg frei zur Verständigung!“ war der Leitpruch der Ausführungen des Saarbesolnmächtigten des Reichskanzlers, Gaulleiter Büchel, vor der in- und ausländischen Presse. Er führte dabei aus: Die Welt steht am kommenden Sonntag die Frage: Wer ist Sieger? Wer ist Besiegter? Gibt man dieser Frage einen außenpolitischen Charakter, dann könnte sie, ganz gleich, wie der 13. Januar sie beantwortet, die Ursache neuer Konflikte werden. Aber nur dann, wenn man Deutschland und Frankreich als die beiden sich bekämpfenden Parteien herausstellt. Bei gewissenhafter Betrachtung des Problems, noch mehr aber bei Berücksichtigung der diesen Kampf austragenden Parteien, wird man erklären müssen, daß die Saarfrage außenpolitisch keine Konfliktfrage, sondern eine reine Liquidationsfrage darstellt. Sobald die Saarfrage aus dem Rahmen internationaler Erörterungen herausgehoben wird, ist sie eine rein deutsche Angelegenheit, weil sie nur von Deutschen unter sich gelöst wird.

Innerpolitisch gesehen wird das Treuebekenntnis am 13. Januar zeigen, daß es an der Saar nur einen karten deutschen Volkscharakter gibt, jenen deutschen Charakter, der die alleinige Kraftquelle darstellt, aus welcher die deutsche Nation ihre Lebensbehaftung zieht. Aus der Tiefe dieses ewigen deutschen Geistes. Nur der deutsche Volkscharakter ist das Entscheidende. Und wenn man die Saarfrage unter diesem einzigen, richtigen Gesichtspunkt betrachtet, dann kann man sagen: Der Versailler Vertrag hat einen deutschen Volksteil auf seine deutsche Charakterqualität vor die Geschichte gestellt. Mit dieser Prüfung hat der Versailler Vertrag zugleich eine grundsätzliche Frage aufgeworfen, die durch ihre Klärung den Lebensraum zweier Nationen für alle Zukunft festlegen müßte. Zwischen die beiden Theilen, zwischen die französische und zwischen die deutsche, schob man aber noch eine dritte Lösung: Das Kompromiß des Status quo. Daß eine solche Lösung weder völkisch noch kulturell, noch wirtschaftlich lebensfähig ist, war den französischen Politikern ebenso klar, wie es allen Saarländern von den Kommunisten bis zu den Nationalsozialisten klar war. Diese Lösung war von vornherein undiskutierbar. Separatismus war nicht die Lösung des Saarvolkes.

Die Franzosen haben deshalb auch von vornherein durch ihre ganzen Maßnahmen unabweisbar erkennen lassen, daß das Saargebiet freigegeben werden sollte für eine Entscheidung für Frankreich. Die deutschen Parteien des Saargebietes erklärten ausnahmslos immer wieder: „Wir sind nichts als deutsch! Für uns alle gibt es ohne Rücksicht auf Weltanschauung oder Parteizugehörigkeit und unabhängig davon, welche Regierung in Deutschland herrscht, nur ein „Zurück zum Reich.“

Nun aber vollzog sich in Deutschland der große innerpolitische Umbruch. Das Parteiensystem wurde abgelöst durch ein neues nationales Lebensprinzip, das Prinzip der Volksgemeinschaft und des Treuebekenntnisses zwischen Führer und Volksgenossen. Damit war für den Nationalsozialismus und seine Parteien keine Lebensmöglichkeit mehr gegeben. Sie mußten verschwinden. Im Saargebiet jedoch hatte diese Weltanschauung die Möglichkeit, sich weiter zu behaupten. Damit wurden die marxistischen Parteien und die in ihr stehenden Menschen vor die Frage gestellt: „Weißt Du das deutsche Vaterland über alles oder entziehst Du Dich für die Partei?“ Der historische Augenblick war gekommen, wo der Marxismus bekennen mußte, ob er wirklich nationalpolitische Qualitäten hat oder ob er sich lediglich international gebunden fühlt. Die Entscheidung des offiziellen Marxismus lautet nun: Partei gegen Volk. Seine früheren Bekundungen hat er in diesem Augenblick klagen nicht und demaskiert als das, wofür er vom Nationalsozialismus längst erkannt worden ist: Verräter am eigenen Volkstum! Man suchte den Verrat zu tarnen, indem die marxistischen Parteien aus der nationalpolitischen deutschen Frage eine innerdeutsche Parteifrage zu machen suchten. Der Marxismus hat sein eigenes, besonders geartetes Vaterland. Es liegt nirgends und überall, wie seine Väter nirgends zu Hause sind und doch überall. Wo der Versuch gemacht wird, dieser Schwarzgerüstung den Boden zu entziehen, da beginnt der Haß, der keine Grenzen kennt und der das Geis des Blutes verleiht. Auf unsere Saarfrage angewandt, wird der Marxismus, d. h. eine ihm mit Haut und Haaren verfallenen Träger, sich gegen das heutige Deutschland entscheiden müssen. Und würde das Saargebiet seine Status quo-Lösung vorziehen, so würde er sich sofort und unmittelbar für Frankreich erklären. Der Status quo ist und bleibt eine unausrichtige Angelegenheit, denn er bietet die Möglichkeit, den Sinn der Abstimmung zu verborgen und zu verschleiern, um was es bei der Abstimmung geht. In Wirklichkeit stellt sich bei der Abstimmung die Frage: Charakter oder Egoismus? Vaterland oder Verrat?

Das ist allerdings nur die eine Seite des Problems. Vom Standpunkt des französischen Kapitalismus aus gesehen, hat das Problem ein nationalpolitisches, allerdings rein französisches Gesicht. Es handelt sich um die tatsächliche Haltung

der französischen Politik im Saargebiet hingewiesen zu werden. Die Vertreter Frankreichs an der Saar, insbesondere die französische Bergwerksverwaltung, verbündeten sich mit jenen, die sich gegen Charakter und Vaterland entschieden hatten. Angebliche Arbeiterführer und angebliche Sozialistenführer verbündeten sich gegen Deutschland. Die einen als Vertreter „französischer kapitalistischer Interessen“, die anderen angeblich als Kämpfer der Arbeiterchaft.

Der Saarbesolnmächtige ging dann auf die hauptsächlichsten Propagandamethoden und auf vorgespiegelte Tatsachen ein, die das Volk von der wahren Einsicht der Dinge bisher abhalten sollten. Er stellte fest, daß der Rheinische Separatismus von ebendem dem Status quo-Separatismus wie ein Ei dem anderen gleicht. Er widerlegte dann schlagend den Separatisten-Schwundel von der zweiten Abstimmung. Einen Status quo mit einer irgend vertraglich zugesicherten und vertraglich zulässigen zweiten Abstimmung also gibt es nicht. Wer ihn als Deutscher propagiert, der spricht bewußt eine Lüge aus und versucht, aus parteipolitischen Gründen das Saargebiet von Deutschland für immer zu separieren. Hätten die Versprechungen Kanals und Wittmanns irgend welche praktische Bedeutung, so müßte die Abstimmungskommission ja ohne weiteres eine so feige Legende der zweiten Abstimmung auf den Wahlzetteln zu angeben, daß es heißt: Wer ist für Status quo unter Zusage einer zweiten Abstimmung? Das hat man nicht getan aus dem einfachen Grunde, weil die zweite Abstimmungsangelegenheit, so wie sie von den Gegnern propagiert wird, ein aufgelegter Schwundel ist.

Die Gemeinlosigkeit der Status quo-Vertreter bestimmte naturgemäß die gewissenlose Art ihrer Propaganda. So lagten sie beispielsweise: Wenn etwa 20 Prozent für den Status quo stimmen würden, dann würde dem Prozentlich entsprechend ein Stück Land vom Saargebiet abgetrennt werden. Man munkelt dabei von Versicherungen, die in Genf über die Teilung des Saargebietes gegeben worden seien. Da gerade dieses unverantwortliche Gerücht der Emigranten und Separatisten bei manchem gewisse Zweifel ausgelöst hat, halte ich es für meine Pflicht, die deutsche Auffassung für das künftige politische Schicksal des Saargebietes mit aller Klarheit zu umschreiben. Die Rechtslage ist eindeutig. Die Volksabstimmung entspricht dem demokratischen Prinzip des Völkervertrages. Sie macht die Zugehörigkeit des Saargebietes von der Mehrheit der Entscheidung der Saargebietsbewohner abhängig. Deutschland hat den Versailler Vertrag in seiner tiefsten Not und Schmach angenommen, und der Führer hat trotz allem ausdrücklich erklärt, daß er den Volkenscheid anerkenne. Damit ist die Bahn für eine rechtmäßige Entscheidung über die künftige nationale Zugehörigkeit des Saargebietes frei. Eine Teilung des Saargebietes wäre theoretisch nur dann denkbar, wenn eine Reihe zusammenhängender Abstimmungsbezirke, die in ihrer Gesamtheit ein lebensfähiges Staatsgebilde ausmachten, sich für eine andere Frage als die übrigen Stimmbezirke und zwar mit absoluter Mehrheit entscheiden würde. Tatsächlich kann aber dieser Fall niemals eintreten, weil es bei der gegebenen Lage ausgeschlossen ist, daß der Status quo auch nur in einem Abstimmungsbezirk die Stimmenmehrheit erhält. Außerdem: Das Saargebiet für sich schon ist kein lebensfähiges Staatsgebilde, geschweige denn daß ein Teil dieses Gebietes lebensfähig wäre.

Die Emigranten und Separatisten versuchen nun in ihrer Propaganda die Bestimmungen des Versailler Vertrages umzuwenden und nach Wortlaut und Sinn zu verfälschen, wenn sie sagen, daß das Gebiet auf Grund des Abstimmungsergebnisses geteilt werden müsse, daß also — wenn beispielsweise 20 Prozent der Abstimmungsberechtigten für den Status quo stimmen sollten, eine dieser Prozentzahl entsprechende Fläche des Territoriums abzutrennen und gleichsam als Freizone für die Separatisten und Emigranten zu erklären wäre. Für Deutschland wäre eine solche Lösung völlig unannehmbar und nie zu überwinden. Eine solche Lösung wäre nicht nur ein ungeheurer Rechtsbruch, sondern ein noch größerer Vertrauensbruch gegenüber der deutschen Saarbevölkerung. Daß aber keine Abtrennung kommt, daß kein Waf für Emigranten geschaffen wird, dafür sorgt am Sonntag der Saarländer — der deutsche Saarländer!

Und nun zur zweiten Parole: Alles für Deutschland! Nie zu Hitler! Wie sieht die Praxis dieser Parole aus? Wir haben im Krieg einen kleinen Vorgehensmodus davon bekommen. Immer vernünftlicher wurde uns Soldaten in die Ohren geflüstert, mit Euch will niemand etwas, nur mit dem Kaiser. Alles für die Völkerverbrüderung, aber niemals mit diesem, mit Euerem Kaiser! Tögt ihn davon, dann kommt der ewige Frieden mit Deutschland und eine Zeit der glücklichen Demokratie. Dieser Wunsch der andeten wurde erfüllt. Der Kaiser wich über die Grenzen. Drogen aber liegen zwei Millionen deutscher Menschen unter fremder Erde, darunter kein Kaiser und kein König. Aber viele, viele brave deutsche Arbeiter. Und was war die Folge? Hunger, Elend, Sichtsium, Selbstmorde. ? Nation. Ma-



wische Knechtschaft. So wurden Hunger und Not zu Kaiser und König. Wie lagen doch die Separatisten — alles für Deutschland — gegen Hitler! Daß sie gegen Hitler alles tun, was sie können, wissen wir. Wenn aber ein Volk sich zu dem Führer bekennt, diesen liebt und ihn verehrt, weil er selbst Volk geliebt hat, wie unser Adolf Hitler, dann sind Volk und Führer ein Schicksal. Diesem Schicksal kann gegenübertraten wer auch mag; es wird immer eine unläsliche Einheit sein. Darum ist Adolf Hitler Deutschland und nur deshalb ist Deutschland Adolf Hitler.

Die Bundesgenossen der „besseren Deutschen“ dieser Art sind die separatistischen „besseren Christen“. Auch sie werden täglich als solche vom offiziellen Status quo-Sender dem Saargebiet als Ketzer offeriert. Die Parole „Für Christus und Deutschland“ ist noch rechtzeitig als die Empfangsbefähigung für großzügig hinausgeworfene Gelder der französischen Bergwerkstrektion entlarvt worden. Richtig heißt nämlich diese Parole: Im Namen Christi für Status quo.

Anderer fragen mich: Ist es richtig, daß nach dem 13. Januar ein Kulturkampf in Deutschland ausbricht? Dazu folgendes: Der Führer der Nation hat sich vorgenommen, eine große Aufgabe zu lösen, eine unzerstörbare Volksgemeinschaft zu schaffen. Eine unzerstörbare Volksgemeinschaft schmiedet man nicht mit Kulturkämpfen und Konzentrationslagern. Damit geschieht man ein Volk. Die Zeiten des dreißigjährigen Krieges sind vorbei. Es leben andere Menschen, die von der praktischen Religion nicht die Auffassung haben, wie sie bei den Propagandisten und falschen Propheten des Kulturkampfes üblich sind. Wir führen in Deutschland keinen Kulturkampf, weil es die Separatisten an der Saar voraussetzen. Wir führen erst recht keinen Kulturkampf, weil wir die Ueberzeugung haben, daß die Zusammenarbeit zwischen Kirche und Staat und das sich gegenseitige Vertrauen unter den Konfessionen ein höchstes Gebot der Religion überhaupt ist.

Zum Schluß wandte sich der Redner an die ausländischen Presseleute, legte Bewahrung ein gegen den Mißbrauch, der mit dem Namen Arbeiter getrieben wird von den Separatisten. Der 13. Januar aber wird Ehre und Recht, wird dem Geiz des Friedens praktische Anwendungsmöglichkeiten geben. So soll es an diesem Tage nicht zwischen Deutschland und Frankreich im Sinne rechtlicher Auseinandersetzungen Sieger und Besiegte geben. Waffentragend in diesem Kampf ist deutsches Volkstum. Als Besiegter muß einzig und allein der Verrat am Boden liegen. Als Sieger muß ein Friede gelobt werden, der von Jag erfüllt ist gegen den Krieg, der dem Leben der Nation in ihre verpfändet ist und der sich das eiserne Recht zum Bundesgenossen erwählt. Die Welt soll es wissen: Am historischen 13. Januar wird das tapferste Saarvolk der Weltgeschichte den Triumph des deutschen Charakters präsentieren.

Das Saarvolk marschiert,
Die Grenzpfähle kürzen,
Deutschland reißt das Tor auf.
Sein Führer schlägt ein:
Es lebe der Friede!

Provokationen bei der Landesleitung der Deutschen Front

Saarbrücken, 9. Jan. Mittwoch mittag drang eine Reihe von Werbern der separatistischen „Neuen Saarpol“, die Kammern der „Neuen Saarpol“ zu Werbezwecken verteilten, in den Garten des Hauses der Deutschen Front ein und bestreute die ganzen Treppen des Hauses mit Werbezemplaren der „Neuen Saarpol“. Sie verhielten sich in das Haus selbst einzudringen. Sie wurden von dem Büropersonal aus dem Hause und dem Garten verwiesen. Dabei griffen einige der Werber das Büropersonal der Landesleitung der Deutschen Front an. Einige der Werber schütteten und alarmierten das Ueberfallkommando. Das Ueberfallkommando in Stärke von 70 Mann besetzte daraufhin gegen Mittag die Landesleitung, sperrte die Telephonzentrale und begann, „polizeiliche Feststellungen“ zu treffen.

Wie sich ergab, handelte es sich bei dem Vorfall um eine unglaubliche bestellte Provokation. Die Ermittlungen haben ergeben, daß aus dem Hause der Deutschen Front nur ein Büroangestellter herausgekommen und die Werber zum Verlassen des Gartens aufgefordert hat. Dagegen haben dann die Werber, die ausländische Photographen mitgebracht hatten, und in den Garten eingebrungen waren in der Hoffnung, einen schweren Zwischenfall provozieren zu können, selbst ihre Werbezemplare vor dem Hause der Deutschen Front zerstreut und zertrümmert. Sie haben ferner unter sich den Anschein einer Schlägerei erweckt und das dann durch ausländische Photographen photographieren lassen. Die Erregung über diesen neuen Vorfall in der Saarbrücker Bevölkerung ist außerordentlich groß.

Sieben der festgestellten separatistischen Unruheherde wurden nach Beendigung der Untersuchung zwecks weiterer Vernehmungen vom Ueberfallkommando der blauen Polizei mitgenommen. Es konnte genau festgestellt werden, daß die Provokation planmäßig eingeleitet worden war. So konnte man beobachten, daß kurz vor dem Zwischenfall verschiedene ausländische Pressephotographen, die vor der Regierungskommission standen, von einigen der Flugblattverteiler einen Wink bekamen. Wenige Minuten später kam es zu der Provokation, bei der die Auslandspressereporter sofort anwesend waren. Außerdem wurde beobachtet, daß ein englischer und ein französischer Pressephotograph sich Mittwoch vormittag zwischen 10 und 11 Uhr dahin verständigten, daß in dem Mittagsstunden unter allen Umständen etwas passieren würde. Bezeichnend ist ferner die Tatsache, daß einer der roten Flugblattverteiler für die allerschwerste „Neue Saarpol“ beim Vorbeigehen des Ueberfallwagens demonstrativ mit erhobener Faust und „Rot Front“ grüßte.

Die Zurückziehung der Landjäger aus den Orten am linken Saarufer hat namentlich dazu geführt, daß von Mittwoch ab dieses ganze Gebiet schußlos und die Grenze völlig offen ist. Man befürchtet insbesondere für den Sonntag Ueberfälle lothringischer Kommunisten auf Wahllokale, und es hat schon seit Dienstag eine umfangreiche kommunistische Werbung in allen diesen Ortschaften eingesetzt. Die Kommunisten kommen mit Kraftwagen aus Lothringen und mit großen Mengen von Flugblättern herüber und überschwemmen die ganzen Ortschaften mit Flugblättern. Sie versuchen, die ganze Bevölkerung auf dem linken Saarufer für den Status quo umzustimmen. Es handelt sich

hier ganz zweifellos um eine Aktion, die vorher genau festgelegt und besprochen worden ist.

Herr Heimburger selbst hat am Mittwoch ausländischen Journalisten erklären lassen, daß er über die Veröffentlichungen der Saarländerischen und Deutschen Presse über die Zurückziehung der Landjäger sehr empört sei; es handele sich um eine Umgruppierung der Landjägerkräfte. Das ist nunmehr die vierte Lesart des Herrn Heimburger.

Wieder deutsche Stimmen für ungültig erklärt Soll die Abstimmung zur Farce werden?

Saarbrücken, 9. Jan. Es werden stündlich immer neue Fälle bekannt, in denen unter den lächerlichsten Vorwänden die Stimmen von Saareinwohnern bei der Vorabstimmung für ungültig erklärt worden sind. In all diesen Fällen handelt es sich nur um Stimmen für Deutschland, während noch nicht eine einzige Stimme für den Status quo für ungültig erklärt worden ist.

Lothringische Kommunisten agieren im Saargebiet

Saarbrücken, 9. Jan. In der Nacht zum Mittwoch sind in der Nähe von Hülshausen und in der Nähe von Bedingen, hauptsächlich auf dem linken Saarufer von Kommunisten die Telefonleitungen auf Strecken von mehreren hundert Metern durchschnitten worden, so daß die Ortschaften telephonisch nicht erreichbar waren. Gleichzeitig wurden in Hülshausen, Kreis Merzig, 20 bis 25 Lothringer festgesetzt, die unter der Bevölkerung kommunistische Flugblätter für den Status quo verteilten. Die Ermittlungen haben weiterhin ergeben, daß allein im Kreis Saarbrücken-Land 26 verschiedene Landjägerposten geschloffen und die Grenzwachthäuser verlassenen und teilweise sogar zugeworfen worden waren. Die Landjäger sind sämtlich an der deutschen Grenze eingekerkert worden, wo die Bewachung überall außerordentlich verstärkt worden ist.

Keine Truppenzusammenschließungen an der saarländisch-lothringischen Grenze

Berlin, 9. Jan. Von unterrichteter Seite erfahren wir: Nach Mitteilungen von französischer Seite sind alle Nachrichten über angebliche französische militärische Maßnahmen an der lothringisch-saarländischen Grenze unzutreffend. Es haben keine Truppenzusammenschließungen oder sonstige militärische Maßnahmen stattgefunden, vielmehr ist lediglich die französische Grenzpolizei verstärkt worden, um den Verkehr über die Grenze zwischen Lothringen und dem Saargebiet einer genaueren Kontrolle zu unterwerfen.

Eine amtliche Erklärung der Regierungskommission des Saargebietes über die Gründe für die völlige Entblößung des linken Saarufers von Gendarmerie liegt zur Stunde noch nicht vor.

Zwölf Gebote für die Saarabstimmung!

1. Jede politische Meinungsäußerung im Wahllokal führt unabsichtlich zum Stimmverlust.
2. Auch der deutsche Gruß, ja sogar das Erheben des rechten Armes gilt als verbotene politische Meinungsäußerung. Trage auch keinerlei Abzeichen oder Plaketten im Abstimmungslokal.
3. Sprich am besten kein Wort im Wahllokal.
4. Beantworte nur die Fragen der Mitglieder des Wahlbüros. Vermeide auch hierbei jede politische Äußerung.
5. Holte dich, bis du zum Wählen dran kommst, nur in dem Teil des Abstimmungslokales auf, der ausdrücklich als Wartesaal gekennzeichnet ist.
6. Füge dich widerspruchslos allen Anordnungen des Vorsitzenden des Wahlbüros, auch wenn du sie nicht begreifst. Beginne keine Polemik!
7. Hütle deinen Stimmzettel nur in der Isolierzelle aus.
8. Zeichne dein Kreuz in den entsprechenden Kreis des Stimmzettels nur mit einem schwarz schreibenden Bleistift ein, da jedes andere Schreibzeug auch Linie, Punktstrich oder Kopierblei, deine Stimme ungültig macht.
9. Verlasse die Isolierzelle nicht eher, bis du den Stimmzettel ungefaltet in den Umschlag gesteckt und diesen verschlossen hast.
10. Sprich mit niemandem mehr im Wahllokal, wenn du deinen Stimmzettel erhalten hast; sprich auch mit niemandem, bevor du nicht das Wahllokal verlassen hast.
11. Enthalte dich auch nach Abgabe deines Stimmzettels jeder politischen Meinungsäußerung durch Wort oder Geiz, bevor du nicht das Wahllokal verlassen hast.
12. Prüfe dir diese Vorschriften gründlich ein, befolge sie auf das genaueste, Sorge dafür, daß deine Stimme nicht ungültig wird.

Einsicht in die Personalakten

Berlin, 9. Jan. Reichsinnenminister Dr. Frick führt in einem Erlass an die nachgeordneten Behörden aus, daß verschiedene Landesregierungen und zahlreiche nachgeordnete Dienststellen wegen der Regelung der Frage der Akteneinsicht durch Parteidiensstellen der NSDAP an ihn herangetreten seien, da insbesondere Personalakten verschiedentlich von Parteistellen, auch Parteigerichten angefordert würden. Die Behörden hätten sich bis zu anderweitiger Regelung entsprechend der Uebung Personalakten geheimzuhalten, nicht für belugt gehalten. diesen Anforderungen zu entsprechen. Zur Klärung der Rechtslage und Behebung von Zweifeln trifft der Minister, wie das RdZ meldet, in dieser Angelegenheit eine bis auf weiteres geltende Regelung. Er erläßt die nachgeordneten Behörden, so zu verfahren, daß Akteneinsicht zur Einsichtnahme allgemein nur an den Stellvertreter des Führers auf sein Erlauchen erfolgt. Alle Parteidiensstellen müssen demnach ihre Anforderungen über den Stellvertreter des Führers richten. Akteneinsicht ist aber nach pflichtmäßigem Ermessen der Behörde auch an Reichsleiter und Gauleiter der NSDAP zu erteilen. Minister Dr. Frick hat den Stellvertreter des Führers gebeten, daß bei Beamten von Körperschaften des öffentlichen Rechts, insbesondere von Gemeinden und Gemeindeverbänden die Anforderung von Akten und der Wunsch um Auskunft aus den Akten an die staatliche Aufsichtsbehörde der Körperschaft gerichtet wird.

Neue Aktion in der Abrüstung

Vor den englisch-französischen Botschaften — Aenderung der französischen Haltung in der Abrüstungsfrage?

Der diplomatische Mitarbeiter des „Daily Telegraph“ schreibt, der nächste Abschnitt der europäischen Verhandlungen, der mit den französisch-italienischen Vereinbarungen eröffnet worden ist, dürfte eine völlige Schwendung in der Haltung Frankreichs in der Frage der deutschen Abrüstungen offenbaren. Anscheinend sei die Regierung in London bereit, eine andere Haltung in dieser Frage einzunehmen, wenn Deutschland seinerseits bereit sei befriedigende politische Bürgschaften für die Aufrechterhaltung des Friedens zu geben. Außerdem bleibe Frankreich dabei, daß, wie es vor einem Jahre bereits bekanntgegeben habe, ein gewisses Maß allgemeiner Kontrolle hergestellt werden müsse. Ferner bestehe es nachdrücklich darauf, daß Deutschland die geordneten Bürgschaften für ein Regime der Sicherheit geben solle. Auch solle es in den Völkerverbund zurückkehren. Großbritannien vertrete diese Ansichten nicht weniger entschieden. Aus diesem Grunde habe Simon den Ministerpräsidenten Flaminio und Außenminister Laval vor ihrer Abreise nach Rom dringend aufgefordert, ihre Verhandlungen über die Donaupakte mit Entschiedenheit zu betreiben. Da die französische Regierung anscheinend auch die Gefahren erkenne, die dadurch entstehen würden, wenn den Dingen weiterhin ihr Lauf gelassen würde, so sei während der nächsten Wochen mit höchst wichtigen Entwicklungen zu rechnen. Das englische Kabinett werde sich heute mit diesen Möglichkeiten befassen.

Der diplomatische Mitarbeiter der „Morningpost“ schreibt im Anschluß an die Vereinbarungen von Rom solle ein umfassender Versuch unternommen werden, die Entzweiung Europas ein Ende zu machen. Vor allem werde darnach gestrebt, Deutschland nach Genf zurückzubringen. Dieser Gedanke sei von Simon bei seinem Aufenthalt in Paris vor Weihnachten geäußert worden und habe einen der Beratungsgespräche zwischen Laval und Mussolini gebildet. Simon und Eden würden nächste Woche in Genf eilig dafür eintreten. Bei dem Londoner Aufenthalt Flaminios und Lavals werde dieser Gedanke von neuem erwogen werden. Der britische Vorschlag gehe darauf hinaus, daß Frankreich nach Erhalt weiterer Sicherheiten in Gestalt seiner Vereinbarung mit Italien und der vorgeschlagenen Garantie über Österreich nunmehr Deutschland ein gewisses Maß von Autonomie zugestehen sollte. Die französische Zustimmung würde natürlich von der Unterzeichnung der Garantie durch Deutschland abhängig gemacht werden. Andererseits werde eingesehen, daß Deutschland dies nur tun werde, wenn es eine Gegenleistung in Form der Anerkennung seiner Autonomie erhalte. Somit bilden die Vereinbarung von Rom und die britischen Abrüstungsvorschläge, mit denen die Italiener übrigens in weitem Maße einverstanden seien, Teile eines Zusammenstoßes, dessen einzelne Stücke richtig gelegt werden müßten, um die Lösung zustandezubringen.

Italienisch-französischer Pakt in der Abrüstungsfrage

Reise Lavals nach Berlin geplant?

Paris, 9. Jan. Auf Grund des am Dienstag in Rom veröffentlichten Ueberblicks über das Ergebnis der französisch-italienischen Verständigung gewannen die Blätter den Eindruck, daß die erste im Rahmen der neu geschlossenen Freundschaft zu unternehmende Aktion der Abrüstungsfrage gelten werde. Man scheint nicht daran zu zweifeln, daß die Kleine Entente, Ungarn und Polen dem Nichteinmischungsakt beitreten werden. Außerdem glaubt man, wie der „Matin“ aus Rom meldet, auch mit der Zustimmung Deutschlands zu rechnen. Man weist in Rom darauf hin, daß das französisch-italienische Abkommen darauf abzielt, Deutschland wieder für die europäische Zusammenarbeit zu gewinnen. Deshalb habe man Fernin loyal über den Fortgang der Verhandlungen unterrichtet. Da die Abrüstungsfrage das Haupthindernis für die Mitarbeit Deutschlands sei, habe man sich für eine gemeinsame Haltung in dieser Frage ausgesprochen. Deshalb sei der Konsultationspakt auch auf die die Abrüstungsbefreiungen betreffenden Fragen ausgebeugt worden. Die unter Bezugnahme auf die Gleichberechtigungserklärung vom Dezember 1932 getroffenen Vereinbarungen würden den Ausgangspunkt der Verhandlungen Flaminios und Lavals in London bilden. Die französische Regierung werde in allen diesen Fragen einen vorderen Standpunkt einnehmen und Paris vereinbarten Standpunkt vertreten. In Rom glaube man, daß Laval auf dieser vernünftigen Grundlage in London verhandeln könnte bevor er in den kommenden Monaten nach Berlin reise.

Die Erwartungen, die amtliche englische Kreise an den Besuch Flaminios und Lavals in London knüpfen, lauten nach einigen Pariser Blättern darauf hinaus, daß Frankreichs Sicherheitsbedürfnis durch die Aufnahme der Sowjets in den Völkerverbund, durch das neue französisch-italienische Abkommen, durch die Hoffnung auf eine Rückkehr Deutschlands nach Genf und die Hoffnung, daß Polen und Deutschland schließlich doch dem Dipakt beitreten könnten, hinreichend bedingt sein dürfte. So daß man auf der Grundlage der englischen oder der italienischen Abrüstungsentschließung die Abrüstungsverhandlungen wieder aufnehmen könnte. Andernfalls hielten, wie der „Matin“ aus London meldet, die amtlichen englischen Kreise ein amtliches internationales Abkommen auf folgender Grundlage für möglich: 1. Kontrolle des Waffenhandels; 2. Schaffung eines räumlichen Abrüstungsaustrusses; 3. Kontrolle der Herstellung und Verwendung chemischer Erzeugnisse im Kriegszustand; 4. Verhinderung der Heeres- und Flottenhaushaltpläne sämtlicher Großmächte.

Die französisch-italienischen Vereinbarungen

Neue amtliche Darstellung

Rom, 9. Jan. Ueber die am Montag von Laval und Mussolini unterzeichneten italienisch-französischen Vereinbarungen ist eine ausführliche amtliche Mitteilung ausgegeben worden. In der Einleitung wird gesagt: „Der italienische Regierungschef und der französische Außenminister haben einen Vertrag zwischen Italien und Frankreich zur Regelung ihrer Interessen in Afrika unter einigen Protokollen über die Probleme, die die beiden R-



zierungen interessieren, unterzeichnet und haben schließlich ihre Abereinstimmung in bestimmten Fragen festgestellt.

Die Inhaltsangaben betreffen sechs verschiedene Punkte, nämlich Österreich und das Donauprobem, Abmachungen über Elbogen und Eritrea, Tunesien-Konventionen, wirtschaftliche Interessen in den Kolonien, Nützlichkeitsproblem und Schlagerklärung.

In der amtlichen Mitteilung heißt es zur Nützlichkeitsfrage wie folgt: Die italienische Regierung und die französische Regierung nehmen Bezug auf die Gleichberechtigungserklärung vom 11. Dezember 1932 und stimmen in der Anerkennung überein, daß kein Land durch einseitige Aktionen die Nützlichkeitspflichten abändern kann und daß für den Fall, daß eine solche Eventualität eintreten sollte, sie sich konsultieren werden.

Zum Österreich- und Donauprobem wird ausgeführt: Die beiden Regierungen erklären ihre Abereinstimmung, den meisten interessierten Staaten den Abschluß eines Nichterzwingungsvertrages in die gegenseitigen inneren Angelegenheiten und die gegenseitige Verpflichtung zu empfehlen, keine Aktion herbeizuführen, die zum Zwecke hat mit Gewalt die territoriale Unverletzlichkeit und das politische oder soziale Regime eines der Teilnehmerstaaten anzutasten.

Der Vertrag, um den es sich handelt, sollte zunächst zwischen Italien, Deutschland, Ungarn, der Tschechoslowakei, Südspanien und Österreich abgeschlossen werden, d. h. zwischen allen Nachbarstaaten Österreichs und Österreichs selbst, und der Beitritt Frankreichs, Polens und Rumänien offen sei, so daß er schließlich sich auf die Nachbarstaaten und Nachfolgestaaten sowie auf Österreich und Frankreich ausdehnen würde.

Berner kommen die italienische und französische Regierung in Erwägung der Notwendigkeit, die Unabhängigkeit und Unverletzlichkeit Österreichs ausrechtlich zu bekräftigen, schon jetzt überein, daß im Falle, wo diese Unabhängigkeit und Unverletzlichkeit bedroht wäre, die beiden Regierungen sich untereinander und mit Österreich über die zu treffenden Maßnahmen konsultieren. Diese Konsultation würde später von Italien und Frankreich auf die übrigen Staaten ausgedehnt, um ihre Mitwirkung sicherzustellen.

Über die Schlagerklärung wird in der Mitteilung ausgeführt: Der italienische Regierungschef und der französische Außenminister haben eine Erklärung allgemeinen Charakters unterzeichnet, mit der offenmächtig festgestellt wird, daß die zwischen den beiden Ländern schwebenden Hauptfragen liquidiert sind und der Vorbehalt der beiden Regierungen ausgesprochen wird, die traditionelle Freundschaft, die die beiden Nationen verbindet, zu entwickeln und in dem Geiste gegenseitigen Vertrauens an dem Werk des Wiederaufbaues zusammenzuarbeiten. Außerdem wird darin festgelegt, daß die beiden Regierungen untereinander alle Konsultationen vorzunehmen werden, die die Umstände erfordern sollten.

Der englische Geschäftsrat bei Papst

Paris, 9. Jan. Außenminister Paval hat nach seiner Rückkehr in den Quai d'Orsay den englischen Geschäftsrat bei Papst empfangen. Die Unterredung steht zweifellos im Zusammenhang mit den Ergebnissen der römischen Verhandlungen und mit dem bevorstehenden Besuch der französischen Minister in London, der nach Vermutung unterrichteter Kreise zwischen dem 20. und dem 30. Januar stattfinden soll.

Paval hatte anschließend eine Unterredung mit Ministerpräsident Laval, dem er über seine römischen Eindrücke berichtete. Im Laufe des Nachmittags stattete der Außenminister dem Präsidenten der Republik einen Besuch ab, dem er ebenfalls Bericht über seine Komreise erstattete.

Der Lindbergh-Prozess

87jähriger Greis belastet Hauptmann

Trenton, 9. Jan. Im Hauptmann-Prozess rief der Generalstaatsanwalt einen unbekannt Namen auf. Harold und unfruchtbarer Schritter betritt ein Greis Emanuel Hochmuth den Zeugenstand. Er befanderte, als er am Nachmittag des Einführungstages auf der Veranda seines Hauses an der Ecke der Landstraße und des zum Van Dyck Lindberghs führenden Weges stand, näherte sich ein schwarzgrünes Automobil. Als der Kraftwagen etwa 8-10 Meter entfernt war und in den „Vandenbergweg“ einbog, sah der Führer des Wagens aus dem Fenster und kannte ihn, den Zeugen an, als läge er ein Gespenst. Der Zeuge bemerkte auch einen Teil einer Leiter im Automobil. Auf die Frage des Generalstaatsanwaltes, ob der Mann, den er im Automobil sah, im Gerichtsaal sei, antwortete Hochmuth mit ja und zeigte mit zitternder Hand auf Hauptmann. In diesem Augenblick verlagerten einige elektrische Lampen im Gerichtsaal. Hochmuth schritt darauf zum Verleumdungsstand und legte die Hand auf Hauptmanns Schulter. Als der Chauffeur Person ihm ins Gesicht gefogt hatte, er, Hauptmann, sei der Mann, der ihm einst zur Zeit der Lösegeldverhandlungen mit einer Nachricht zu Lindberghs Beauftragten Dr. Condon geschickt habe, sah man an Hauptmann zum erstenmal Zeichen innerer Erregung. Aber Hauptmann begnügte sich mit der gestüßerten Bemerkung zu Perrone: „Sie sind ein Lügner.“

Der Hauptmann-Prozess hat mit seiner großen Anzahl auswärtiger Besucher der kleinen Kreisstadt Flemington bereits Unannehmlichkeiten gebracht. Vor allem haben die auswärtigen Besucher Grippe und andere Erkältungskrankheiten eingeschleppt. Da die städtische Atmosphäre in dem überfüllten kleinen Gerichtsaal die Ansteckung begünstigt, haben diese Erkrankungen schnell um sich gegriffen, so daß jetzt ein großer Teil der Bevölkerung stark darunter leidet.

Die „Daily News“ meldet, daß ein Mitglied der Staatsanwaltschaft die Gerichte bestätigt habe, wonach Frau Lindbergh seit ihrer Zeugenaussage Briefe erhalten habe, in denen sie und ihr zweiter Sohn John mit dem Tod bedroht wurden. Auch das Mitglied der Staatsanwaltschaft, Anthony Huff, ist laut „Daily News“ brieflich mit dem Tode bedroht worden.

Hauptmann hat das Lösegeld erhalten

Newport, 9. Jan. Im weiteren Verlauf der Verhandlung gegen Bruno Hauptmann in Flemington sagte der frühere Beauftragte Lindberghs, Dr. Condon, aus, daß er den Angeklagten Hauptmann als die Person wieder erkenne, der er auf dem Bronzer Kirchhof die 20 000 Dollar Lösegeld für das Lindbergh-Kind übergeben hat.

Einführung des Reichsinnungsmeisters der Schuhmacher

Berlin, 9. Jan. Im Festsaal des Preußenhauses fand am Mittwoch durch Reichshandwerksmeister Schmidt die feierliche Einführung und Verpflichtung des neuen Reichsinnungsmeisters der Schuhmacher, des SA-Gruppenführers Arthur Gehl, Plauen im Vogtland, Md.R. statt. Der feierlichen Uebergabe dieses Amtes die sich nach altem Brauch vor der offenen Bundeslade, die noch aus dem Jahre 1284 stammt, vollzog, wohnten zahlreiche Meister und Vertreter der verschiedensten Organisationen bei.

Die Kältewelle

Breslau, 9. Jan. In Schloßen hat bei zeitweiser eintretender Aufweitung die strenge Kälte noch weiter zugenommen. Aus dem Flachlande werden Mittwochmorgen aus Breslau minus 18 Grad als Höchsttemperatur gemeldet. Die niedrigste Temperatur wurde in Groß-Jer im Hergebirge in 840 Meter Höhe mit minus 26 Grad abgelesen.

Hamburg, 9. Jan. Seit Montag nachmittag sind in Hamburg wie auch in ganz Norddeutschland die Temperaturen stetig gesunken. Am Mittwoch meldet Hamburg 7 Grad unter Null. Auch in Schleswig-Holstein liegen die Temperaturen bei 8 bis 7 Grad Kälte. Etwas milderes Wetter herrscht dagegen im Westgebiet, wo nur Temperaturen von 4 Grad Kälte zu verzeichnen sind.

Nachlassen der Kälte im Norden der Sowjetunion

Moskau, 9. Jan. Die sowjetrussische Presse erwartet für die nächsten Tage eine Erhöhung der Lufttemperaturen. Die Erwärmung soll von Nordwesten her kommen. In Prähangelst ist die Temperatur bereits bis auf 1 Grad Kälte gestiegen. In Mittelrussland dagegen ist es nach wie vor kalt, besonders in der Ukraine. In Kiew wurden 26 Grad Kälte festgestellt, in Charkow und Dniepropetrowsk 30. In Luzenil 40, in Moskau 18 Grad Kälte. Während der letzten Tage des großen Frostes sind in Moskau mehrere Fälle von Eritieren vorgekommen, so sind eine ältere Frau und zwei betrunzene Arbeiter auf offener Straße nachts erstarben.

Das Eisenbahnunglück in Rußland

23 Tote, 88 Verletzte

Wenigrad, 9. Jan. Nach amtlicher Mitteilung sind bei dem Unglück auf der Ostbahn 17 Personen auf der Stelle ums Leben gekommen: 8 Schwerverletzte wurden im Krankenhaus, so daß die Gesamtzahl der Toten 23 beträgt. 65 Personen liegen mit schweren Verletzungen darnieder, 23 haben leichtere Verletzungen erlitten. Die Katastrophe ist darauf zurückzuführen, daß der Führer des einen Schnellzuges die Haltsignale nicht beachtet hat sondern mit unermindelter Geschwindigkeit auf den wegen eines geplatzten Schienenstrangs haltenden zweiten Schnellzug aufstieß.

Blutiger Zwischenfall in Indien

Bombay, 9. Jan. In Dschalkarangi im Staate Kolhapur kam es zu einem blutigen Zwischenfall zwischen indischer Polizei und den mohammedanischen Einwohnern. Die Polizei hatte den Auftrag, einige Personen zu verhaften, und wurde dabei von einer großen Menschenmenge angegriffen. In ihrer Bedrängnis gab sie schließlich eine Salve ab, durch die sieben Mohammedaner getötet und 20 verletzt wurden.

Erdbebenkäden in der Türkei

Istanbul, 9. Jan. Erst jetzt läßt sich überlegen, daß die Schäden des Erdbebens vom vergangenen Freitag viel größer waren als nach den ersten wütlichen Nachrichten angenommen werden konnte. Als Mittelpunkt des Bebens ist die Insel Marmara im Meere gleichen Namens festgestellt worden, die der asiatischen Küste angeheftet ist. Von den 137 Häusern der Inselstädter sind 40 völlig zerstört worden, die übrigen meist schwer beschädigt. Zwei Dörfer der Insel sowie fünf Dörfer kleinerer benachbarter Inseln sind fast völlig zerstört. Die Bevölkerung ist sehr durch die Kälte leidet, hat beschaffen, die gefährdeten Inseln zu räumen. Der Komte Halbmond hat eine Hilfsaktion eingeleitet. Aus der Türkei und vom asiatischen Festland werden ebenfalls größere Sachschäden aus den Dörfern gemeldet.

Aus Stadt und Land

Mittensteig, den 10. Januar 1935.

Amstliche. Als Wohlfahrtspfleger ist staatlich anerkannt worden für das Hauptfach Allgemeine Wohlfahrtspflege: Gottlob Finkbeiner von Kniebis, Kreis Freudenstadt.

Als Wohlfahrtspflegerin ist staatlich anerkannt worden für das Hauptfach gesundheitliche Fürsorge und für das Hauptfach wirtschaftliche Fürsorge: Emilie Weimer von Ehausen.

Ernannt wurde Studienrat Schiler an dem Realprogrammnasium und der Realschule in Calw zum Studienrat der Besoldungsgruppe 4a.

Eine Verfeinerung. Die von mir am letzten Sonntag bei der Ausstellung im Rathaus mit ausgestellte Abbildung des Unterleibes eines Labrynthodonten, welcher in dem Jahr 1906 in dem Steinbruch im Wendlach gefunden wurde, erweckte mannigfachen Interesse. (Zu meinem Bedauern konnte ich wegen meiner anderweitigen starken Inanspruchnahme keinen weiteren Ausschluß hierüber geben. Ich will daher das Verstumte nachholen.) Vorausgeschickt ist, daß die erwähnte Tierart den Sauriern zuzählen ist. Diese sind die zum Teil riesigen Wirbeltiere, welche vor hunderterten von Millionen Jahren auch unsere Gegend belebten. Fundstücke solcher Wesen beherbergt das Naturhistorische Institut in Stuttgart. Das Vorkommen von Verfeinerungen von Sauriern sind im Buntjura, also bei uns, äußerst selten. In der Lettenhöhle und im Keuper sind die Funde reichlicher. Zu der Art der Labrynthodonten ist zu bemerken, daß diese Tiere zu den sogenannten Panzerlurchen zählen, also eine Art Amphibium waren.

Das Fundstück selbst wird von dessen Finder, dem Landesgeologen Dr. M. Schmid, unter anderem wie folgt beschrieben: „Unser Kieferstück besitzt eine Länge von 123 mm, seine Breite beträgt ohne die Zähne vorn 5 mm, hinten 15 mm. Die Begrenzung ist oben fast schnurgerade. Der untere Rand ist in der Mitte ebenfalls gerade. Hinten springt er, soweit nicht Bruchrand vorliegt, ein wenig hügelartig nach unten vor, vielleicht nur infolge leichter Verdrückung. Vorn ist vom Beginn des vordersten Biersels an, eine leichte Zurundung der Spitze zu spüren, die noch weiter nach dem Ende zu, ein Stück hinter dem deutlich hervortretenden Fangzahn, etwas härter wird.“ Im weiteren Verlauf ist die Bezahnung des Kiefers beschrieben. Die noch vorhanden gewesenen Zähne haben im Durchschnitt eine Länge von etwa 3 mm und einen Durchmesser von 1,2 mm. Borne sind zwei nach einwärts gebogene 9 mm große Fangzähne. Die weitere Beschreibung ist rein naturwissenschaftlicher Art und für die Allgemeinheit weniger von Belang. Bei diesem Anlaß möchte ich noch bemerken, daß ich vor etwa zehn Jahren am Bergand von hier nach Heilbronn ein etwa faustgroßes Steinstück gefunden habe, auf welchem ein Stück einer Pflanze deutlich abgedruckt ist, welches nach meinen Feststellungen den Araucariarten zuzurechnen sein dürfte. Feldweg.

Mangelkrankheiten der Haustiere. Die schlechte Raufutterernte im Jahre 1934 hat es mit sich gebracht, daß der Ernährungszustand der Haustiere allgemein im ganzen Lande — und in manchen Gegenden in erschreckendem Maße — zurückgegangen ist. Es ist eine alte Erfahrung, daß mangelhafte Ernährung die Tiere für Krankheiten aller Art anfällig macht. Besonders sind es die sog. Mangelkrankheiten, die gerade jetzt in den Wintermonaten gehäuft auftreten und erst im Frühjahr mit Beginn der Grünfütterung allmählich wieder verschwinden. Bei Pferden ist es in erster Linie das ansteckende Blutharzen, bei Rindern sind es mehr Allgemeinerkrankungen (Festliegen, Anämie, Stenose, Sterilität u. a.), die größere Verluste bringen. Gegenwärtig werden in die Tiermehlfabriken gefallene Rinder und insbesondere Pferde in weit größerer Anzahl angeleiert als in den letzten Jahren. Nach den früheren Erfahrungen ist damit zu rechnen, daß die härtesten Verluste erst gegen Ende der Wintermonate auftreten, wenn nichts getan wird, um die Unterernährung und die in der Folge auftretenden Mangelkrankheiten zu verhüten. Nirgends gilt mehr der Satz „Vorhüten ist leichter denn Heilen“ als hier. Deshalb sind rechtzeitige Gaben von betriebseigenem Kraftfutter und zusätzliche Verabreichung von Futtermitteln, die die lebenswichtigen Nährstoffe (Vitamine) enthalten, wie Rüben, besonders gelbe Rüben, und Silofutter nicht zu entbehren. Wo sie fehlen, könnten sie gegebenenfalls im Tausch gegen andere Futtermittel beschafft werden. Bei heruntergekommenen und infolge der Unterernährung krank gewordenen Pferden und Rindern haben sich Gaben von Lebertran in Mengen von 100-300 Gramm täglich gut bewährt. Der Preis des Lebertranes kann durch gemeinsamen schülermäßigen Bezug erheblich verbilligt werden. Da häufig minderwertiger Lebertran im Handel angeboten wird, empfiehlt es sich, vor Beschaffung größter Mengen den Vitamingehalt gewährleisten zu lassen.

Getreideschau. An der Getreideschau mit Preisbewerb in Hord am 2. März hat sich der Schulbezirk Nagold mit etwa 40 Proben zu beteiligen. Die Proben, welche ein Gewicht von je 2 Kg. haben müssen, werden vom Vorstand der Landwirtschaftsschule Nagold aus einem marktfrisch gereinigten Getreidehaufen von 15 Jtr. gezogen. Die Anmeldung zur Beteiligung und Probezählung muß bis 14. Januar an Dekonomierat Häder, Nagold erfolgen. Näheren Aufschluß geben die Ortsbauernführer.

Stuttgart, 9. Jan. (Fremdenführertours.) Durch den Geschäftsführer des Verkehrsvereins, Major a. D. Kienzle, wurde ein Fremdenführer-Schulungstour eröffnet, an dem sich 34 Herren und 4 Damen beteiligen. Der Kurs dauert sieben Wochen und endet mit einer Prüfung. Wer die Prüfung besteht, erhält einen Ausweis mit Abzeichen als offizieller Fremdenführer für Stuttgart.

Böblingen, 9. Jan. (Fabrikbrand.) Am Dienstag mittag brach in dem Mittelbau des Württ. Jolierwerks, AG., Besitzer Karl Haas, aus bisher noch nicht bekannten Gründen Feuer aus. Dank dem tatkräftigen Eingreifen der Böblingener Feuerwehr konnte das Feuer auf den Brandherd beschränkt werden. Der Sachschaden ist nicht unbedeutend.

Sondelfingen O.A. Urach, 9. Jan. (In heißes Wasser gefallen.) Am Dienstag fiel das 43jährige Töchterchen eines Arbeiters rüdtins in ein mit heißem Wasser gefülltes Gefäß. Das Kind erlitt so schwere Brandwunden, daß es ins Neutlinger Kreiskrankenhaus verbracht werden mußte.

Emmelweiler, O.A. Ravensburg, 9. Jan. (Töblicher Unfall.) Am Dienstag wurde der ledige 38 Jahre alte Landwirt Georg Steinhauser im Walde bei Emmelweiler beim Holzsägen von einem herabstürzenden Ast so unglücklich getroffen, daß er einen schweren Schädelbruch erlitt, dem er erlag.

Wernetten, O.A. Heidenheim, 9. Jan. (Schneeberwehungen.) Ein heftiger Westwind blies den am Samstag auf den Höhenlagen der Alb bis zu 25 Zentimeter gefallenem Neuschnee zu starken Verwehungen. Die Straße Gulsenstadt-Steinmetz-Böhlenkirch mußte von Dutzenden von Schneehäufeln freigemacht werden. Die Postautos erlitten zum Teil mehrstündige Verspätungen.

Brettheim, O.A. Gerabronn, 9. Jan. (Geschick 16 Jahre nach dem Kriege entern.) Der Kriegsteilnehmer Hermann Probst von hier wurde auf dem Rückmarsch 1918 durch eine Maschinengewehrpatrone an der rechten oberen Brusthälfte verwundet. Da das Geschick ziemlich tief lag, ließ man es liegen. In den letzten Jahren machte es dem „Besitzer“ öfters Beschwerden. Es war langsam nach oben gewandert und zeigte sich nun oberhalb des Schlüsselbeins am rechten Halsanlag. 16 Jahre nach der Verwundung wurde der Fremdkörper nun durch einen kleineren operativen Eingriff entfernt.

Leitnang, 9. Jan. (Wahnung zur Vorsicht.) Den Verlust eines Pferdes auf eigentümliche Weise hat ein hiesiger Landwirt zu beklagen. Während der letzten Feiertage war das Tier in den Grasgarten getrieben worden, um sich Bewegung zu verschaffen. Dabei trah es von den Thujasträuchern (Lebensbaum), mit denen der Garten eingefast ist und die giftig sind. Das Pferd, ein schweres und längeres Tier, erkrankte und ging nach einigen Tagen ein. Dieser Fall mahnt zur Vorsicht.

Uffenweller, M. Riedlingen, 9. Jan. (Tage durchgeschritten.) Ein bedauerlicher Unfall ließ dem jetzt Jahre alte Söhnchen des Bauern Paul Uffenweller zu. Der Kleine bediente sich eines Messers zum Ausschneiden von Pfefferkuchenbündeln. Als er ein Band durchschnitt, fuhr das Händchen mit dem Messer hoch und mitten ins Auge. Die Pupille wurde in der Mitte durchgeschnitten.

Saulgau, 9. Jan. (Tödlicher Ausgang.) Am Dienstag wurde der 1 1/2 Jahre alte Sohn des Arbeiters Georg Michelberger beerdigt. Am Freitag letzter Woche hatte das Kind einen Topf kochenden Wassers umgestoßen und sich so stark verbrüht, daß es seinen schweren Verletzungen erlag.

Kleine Nachrichten aus aller Welt

Grauenhafter Massenmord in Kentucky. In Mount Vernon (Kentucky) hat sich ein grauenhaftes Verbrechen zugegetragen, dem insgesamt sieben Menschen zum Opfer fielen. Im Verlaufe von Familienstreitigkeiten tötete ein Mann eine Frau, seine beiden Schwägerinnen, einen Schwager und eine Schwägerin. Sodann ergriff er die Flucht und ermordete ein etwa 5 Kilometer entfernt wohnendes Ehepaar. Gendarmen verfolgten den Massenmörder, der Selbstmord durch Erhängen beging, nachdem die Verfolger ihn eingekreist hatten.

Steuernmedaille für die Rettungsmannschaft der „Newport“. Zu Ehren der Rettungsmannschaft des Dampfers „Newport“ veranstaltete die Steuergesellschaft einen Empfang im St. George-Hotel im Stadtteil Brooklyn. Auch der deutsche Botschafter in Amerika, Dr. Luther, nahm an der Feier teil. Der norwegische Generalkonsul verkündete die Verleihung des Draf-Ordens an Commodore Krue und der norwegischen Goldenen Rettungsmedaille an die Rettungsmannschaft. Der Präsident der Steuergesellschaft, Hoffmann, überreichte der Rettungsmannschaft die Steuernmedaille.

Gerichtssaal

Freudenstadt, 9. Januar. (Ein politischer Prozeß vor dem Schöffengericht.) Ein politischer Prozeß fand gestern vor dem Schöffengericht Freudenstadt seine Erledigung: Wegen zweimaliger Beleidigung eines politischen Leiters des Reiches Freudenstadt hatte sich der Max W. aus Freudenstadt zu verantworten. Das Schöffengericht kam zur Verurteilung des Angeklagten und zwar zu einer Gefängnisstrafe von 14 Tagen Gefängnis, da das Gericht die in Frage stehenden beleidigenden Äußerungen als erwiesen erachtete und dem Angeklagten zwar seine bisherige Unbescholtenheit anrechnete, ihm aber andererseits die Verurteilung auf den § 189 StGB. (Wahrung berechtigter Interessen) verweigerte und die Beleidigung eines im öffentlichen Leben stehenden politischen Leiters an führender Stelle als besonders verwerflich erklärte.

Rundfunk

Freitag, 11. Januar:

- 10.15 Joseph v. Fraunhofer, ein deutsches Erfinderschicksal
- 10.45 Richard Strauß
- 11.00 Beethoven: Schottische Volkstänze
- 12.00 Aus Frankfurt: Mittagskonzert
- 13.15 Aus Frankfurt: Mittagskonzert
- 15.30 Kinderstunde
- 16.00 Aus Frankfurt: Nachmittagskonzert
- 18.00 Ein argentinischer Peon verurteilt
- 18.30 Fünftes offenes Lieberlingen
- 19.00 „D'Westerhilfe“
- 19.50 H. R. Martini spricht über die amtl. Rundfunkzeitchriften
- 20.16 Reichsversammlung
- 22.15 Nach Frankfurt: Soziäler Reden
- 22.30 Nach Frankfurt: Unterhaltungskonzert
- 24.00 Aus Frankfurt: Nachtkonzert
- 1.00 Aus Frankfurt: Nachtmusik.

Schneberichte

Alb: Im allgemeinen gute Sportmöglichkeit; Lenninger und Grubinger Alb mäßig.

Schwarzwald: Überall gute Sportmöglichkeit.

Allgäu: Württembergisches und bayerisches Allgäu sehr gute Sportmöglichkeit.

Einzelne Schneerichte: Alb: Kältesfeld 15 Zentimeter Pulver; Fräcker Alb 10-20 Zentimeter Pulver; Müningen 18 Zentimeter; Melsch 20-25 Zentimeter. Schwarzwald: Wildbad 30 Zentimeter (auf dem Sommerberg); Freudenstadt 20 Zentimeter; Kniebis 40-50 Zentimeter; Bayersbrunn 5-10 Zentimeter; Kniebis 40-50 Zentimeter; Tr. berg 40 Zentimeter; Saig 40 Zentimeter; Tübingen 40 Zentimeter; Reibberg 1 Meter. Württ. Allgäu: Jona-Großholzleute Tal 25, Höden 45 Zentimeter. Im bayerischen Allgäu überall im Tal 40 Zentimeter, auf den Höhen über 1 Meter, so Hindelang, Kesselwang, Oberhausen, Oberdorf, Vronen. Im Walsertal: Tal 50 Zentimeter, Höden 2 Meter. In den bayerischen Alpen: Garmisch 35 Zentimeter, Badriß 30 Zentimeter, Zugspitze 2 1/2 Meter Schnee. Schneebelastungen überall vorzüglich.

Reichsbahn: Sonderzug nach Oberdorf, Oberhausen und Jona-Großholzleute am Sonntag, 12. Januar, ab Stuttgart 13.32 Uhr. Rückfahrt Sonntag abend. Sonntagsrückfahrten zur Schwab. Skimeisterfahrt nach Freudenstadt verlängerte Gültigkeit von Freitag, 11. Januar, 6 Uhr, bis Sonntag, 14. Januar, 24 Uhr.

Handel und Verkehr

Karlsruher Schlachtviehmarkt vom 8. Jan. Zutrieb: 682 Rinder, 748 Kälber, 2101 Schweine. Preise: Ochsen 28-40, Bullen 28-38, Kühe 11-31, Rinder 28-40, Kälber 24-30, Schweine 47-53, Sauen 44-47 RM.

Karlsruher Fleischmarkt vom 8. Jan. Preise für 1 Pfd.: Ochsenfleisch 58-64, Kalbfleisch 58-64, Hammelfleisch 56-64, Schweinefleisch 72-76, Kalbsfleisch 38-48, Hammelfleisch 70-75 Pfd.

Wormsener Schlachtviehmarkt vom 8. Jan. Zufuhr: 103 Rinder, 148 Kälber, 511 Schweine. Preise: Ochsen 32-34, Bullen 27 bis 36, Kühe 12-28, Rinder 30-38, Kälber 34-45, Schweine 60-63, Sauen 44-48 RM.

Wormsener Schlachtviehmarkt vom 8. Jan. Zufuhr: 13 Ochsen, 19 Bullen, 29 Kühe, 51 Färken, 148 Kälber, 4 Schafe, 351 Schweine. Preise: Ochsen a) 32-34, b) 25-30, Bullen b) 30-32, c) 27, Kühe a) 24-28, b) 19-20, c) 12-17, Färken a) 35-38, b) 32-34, c) 30, Kälber b) 43-45, c) 30-42, d) 34-38, Schweine b) 53, c) 52-53, d) 50-52, g) 48. Marktverlauf: Großvieh und Schweine schleppend.

Freiburger Schlachtviehmarkt vom 8. Jan. Zufuhr: 21 Ochsen, 7 Bullen, 35 Kühe, 34 Kalbinnen, 182 Kälber, 23 Schafe, 416 Schweine. Preise: Ochsen 26-40, Bullen 32-36, Kühe 11-31, Kalbinnen 35-45, Schafe 33-40, Schweine 48-53 RM. Marktverlauf: Kau, Nebenhände bei allen Gattungen.

Zwangsvollstreckungen

Dornstetten, 9. Januar. (Zwangsvollstreckung.) Im Wege der Zwangsvollstreckung sollen die nachbezeichneten, im Grundbuch von Unterflingen und Oberflingen, zur Zeit der Eintragung des Versteigerungsvermerks auf den Namen des Johann Georg Eberhard, Zimmermanns, und seiner Ehefrau Maria geb. Biegler, beide in Oberflingen, je zur Hälfte auf Grund landrechtlicher Ertragsgesellschaft eingetragenen Grundstücke, gemeindefreilich geschätzt zu 6720 Mark, am Donnerstag, den 28. Februar 1935, nachmittags 2 Uhr, auf dem Rathaus in Unterflingen versteigert werden.

Gefunden

Calw: Ernst Wilmaler, Sattler- und Tapeziermeister, 69 Jahre alt.
Alzenberg: Elise Dittus.

Für
wünschenswerten
Einkauf:



Behauptmachungen der NSDAP.
NSDAP, Ortsgruppe Altensteig
Samstagsabend 7 Uhr alle pol. Leiter und Amtswalter des Ortsgruppe im Parteihelm. Keiner darf fehlen.
Stellv. Ortsgruppenleiter.

* Heute abend 8 Uhr SA-Heim. Kulturfest mitbringen.
Hilferjugend, Gefolgschaft 2 III/128
Sämtliche Führer der Gefolgschaft 2 sind heute abend punkt 8 Uhr am unteren Schulhaus in Altensteig zu einer Führerbesprechung, zu welcher der Unterbannführer kommt.
Der Gefolgschaftsführer.

Aus parteiamtlichen Bekanntmachungen
Kreisleitung Freudenstadt
Kreistag der NSDAP, Kreis Freudenstadt. Da am kommenden Sonntag in Freudenstadt die Schwab. Skimeisterfahrt ausgetragen wird, wird der Kreistag auf Sonntag, den 20. Januar, verschoben. Dieser Tag ist freizubehalten. — Sämtliche Politischen Leiter des Kreises Freudenstadt sind verpflichtet, am Kreistag teilzunehmen. Der Kreisleiter.

Letzte Nachrichten

Telegrammwechsel zwischen Macdonald und Flandin
Paris, 9. Januar. Ministerpräsident Flandin hat am Mittwoch von Macdonald ein Glückwunschtelegramm erhalten, das lautet: „Meine wärmsten persönlichen Glückwünsche für das, wozu ich hoffe, daß es eine Zusammenarbeit für den europäischen Frieden werden wird.“ — Ministerpräsident Flandin hat darauf wie folgt geantwortet: „Ich danke Ihnen für Ihr Telegramm. Ich hoffe wie Sie, daß eine neue Ära des Friedens und der Zusammenarbeit in Europa mit dem neuen Jahr beginnt. Ich freue mich, mit Ihnen bald zusammenzutreffen und bitte Sie, die Versicherung meiner freundschaftlichen Gefühle entgegenzunehmen.“

Schwere Schneefürne in Bulgarien

Sofia, 10. Januar. In ganz Bulgarien wüten seit Dienstag schwere Schneefürne, von denen besonders die gebirgigen Gegenden heimgesucht werden. Die Temperatur ist überall stark gesunken und hat in Nordbulgarien 30 Grad unter Null erreicht.

Schwerer Zugzusammenstoß in Sowjetrußland — 6 Tote

Kostan, 10. Januar. In der Nähe von Kostan am Don fand ein schwerer Eisenbahnzusammenstoß statt. Aus bisher nicht geklärter Ursache fuhr ein Personenzug in das Ende des vor ihm fahrenden Personenzuges hinein. Bei dem Unglück fanden 6 Personen den Tod, 23 wurden verwundet.

Explosion auf einem Lastwagen — 17 Schwerverletzte

Newport, 9. Januar. In Hudsonville (Michigan) ereignete sich ein schweres Explosionsunglück, bei dem eine große Anzahl von Menschen zu Schaden kam. Ein Lastkraftwagen, der mit einer Farbflüssigkeit beladen war, hatte Feuer gefangen, und eine zahlreiche Menschenmenge hatte sich aus Neugierde angesammelt, um den Brand zu beobachten. Plötzlich erfolgte eine fürchterliche Explosion und ein großer Teil der Zuschauer wurde von der brennenden Farbmasse ergriffen. 17 Personen erlitten schwere Verbrennungen. Eine Anzahl von ihnen dürfte kaum mit dem Leben davontkommen.

Zwei Todesurteile wegen Sprengstoffbesitzes in Oesterreich

Wien, 9. Januar. Vor dem Salzburger Schwurgericht hatten sich heute der Kraftwagenlenker Hagleitner und der Knecht Ernst Schartner, beide Pinzgauer, wegen unbefugten Sprengstoffbesitzes zu verantworten. Sie wurden beide zum Tode durch den Strang verurteilt.

Altensteig, den 10. Januar 1935.

Todes-Anzeige.



Gott der Allmächtige rief heute meine treubesorgte Gattin, unsere gute Mutter, Großmutter, Schwester, Schwägerin und Tante

Maria Ursula Haug
geb. Schökle

im Alter von 53 Jahren nach langer, mit großer Geduld ertragener Krankheit, wohl-vorbereitet zu sich in die ewige Heimat.

In tiefer Trauer:
Der Gatte Karl Haug
Die Kinder Hermann, Frida, Alfred, Hilda, Karl und Herbert, Fritz Sälzer mit Frau Anna geb. Haug u. Kind

Beerdigung Sonntag, den 13. Januar, mittags 1 Uhr auf dem Waldfriedhof.

Billigere Ladenverkaufspreise für Persil

Doppelpaket Persil 60 R.-Pfg., Normalpaket Persil 32 R.-Pfg.

Persil bleibt Persil - in Güte und Vollkommenheit!

Es gibt kein loses Persil!

Persil gibt es nur in der bekannten Originalpackung.

Henkel & Cie. A.-G., Düsseldorf

Mietsverträge empfiehlt die

Buchhandlung Lauk
Altensteig.
Sachdorf.
Ein jähriges **Mind** hat zu verkaufen
S. G. Warster.

Frisch eingetroffen:
Rablau o. Kopf 1 Pfd. 30 &
Schellfische o. R. 1 Pfd. 35-40
Rablau-Filet entgrätet
Gobdarschfiet
Bäcklinge, geräuchert
Sämtliche Sorten
Walhoff-Heringe
in 1/2, 1, 2 und 4 Literdosen
bei **Chr. Burghard Jr.**

Das Last-Auto

Fachzeitschrift für Technik und Wirtschaft im Nutzfahrzeugbetrieb
erscheint monatlich 1 mal und gibt jedem Last-Autobesitzer wertvolle Winke.
Zu beziehen durch die
Buchhandlung Lauk, Altensteig